

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

272 (19.11.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zweif. mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den An-
wärter bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 3
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf., Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 3.

Telephonanruf Nr. 401.

Anzeigengebühr:
Die 10spaltige Kolonnenzeile
über deren Raum 20 Pf.,
im Restamtshefte 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einze-
lungen werden nicht aufge-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche keine
Verpflichtung finden.

Nr. 272. I. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 19. November

1896

* Bismarck's Rechtfertigung vor dem Reichstag.

Je gründlicher die Niederlage ist, die sich das Centrum vorgestern im Reichstag geholt hat, um so glänzender ist die Rechtfertigung Bismarck's ausgefallen. Wohl hat Fürst Hohenlohe das wiederholt, was schon im „Reichsanzeiger“ erklärt worden war, daß nämlich die Regierung nicht einseitig bestimmen könne, wann die Verpflichtung zu unbedingter Geheimhaltung der mit Rußland getroffenen Verabredung aufhöre, er konnte aber auch beifügen, daß die Veröffentlichung durch Bismarck absolut gar keine schädlichen Wirkungen gehabt habe. Im ersten Augenblick habe sich in einzelnen Schichten der Bevölkerung — wohlverstanden nicht der Regierungen — Oesterreichs und Italiens ein Mißtrauen gezeigt, das aber sofort wieder verschwunden sei, und unsere Beziehungen zu Rußland hätten überhaupt keinen Augenblick aufgehört, gut und freundschaftlich zu sein. Damit ist in der feierlichsten Weise anerkannt, daß Bismarck mit voller Sicherheit die Folgen seiner Veröffentlichungen vorausberechnet hat: er wußte, daß sie uns in Verwickelungen mit den Dreibundstaaten oder mit Rußland nicht bringen könnten, sonst hätte er dieselben sicher unterlassen. Nach jenen Seiten haben sie uns, wie jetzt amtlich bezeugt ist, gar nichts geschadet; und daß sie nach anderer Richtung von dem besten Erfolg waren, ist schon wiederholt von uns hervorgehoben worden. Der ganze schredliche Lärm hat also nur eines bewiesen: den unauslöschlichen, aber ohnmächtigen Haß aller derer gegen Bismarck, die ihm nie verzeihen können, daß er das Deutsche Reich einig und mächtig gemacht hat und daß er auch jetzt noch thut, was in seinen Kräften steht, um dem Reiche die Stellung unter den Völkern zu erhalten, die er ihm geschaffen.

Das Abkommen mit Rußland selbst hat die Regierung mit starker Betonung als eine bedeutungsvolle Friedensthat anerkannt. Staatssekretär v. Marschall hat versichert, daß der von Bismarck erhobene Vorwurf wegen Preisgabe der von ihm geschaffenen Friedensgarantie die Regierung nicht so schwer getroffen habe, wie die von den Bismarck-Gegnern geführte Klage, daß das Abkommen mit Rußland eine Doppelzüngigkeit gewesen sei. Die Herren vom Centrum und der Demokratie meinten freilich, mit diesem Vorwurf auf den gehäßten Bismarck zu schlagen, Herr v. Marschall aber betont, daß die Reichsregierung selbst durch diese Anklagen am empfindlichsten getroffen sei und daß sie mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurückweise, als ob jemals von deutscher Seite mit irgend einem Staate etwas verabredet worden sei, was unvereinbar wäre mit bestehenden Verträgen! Diese Stelle der Rede wendet sich mit voller Schärfe direkt gegen das Centrum und seine Genossen in Bismarck-Haß, und der „Beifall des Centrums“, den der Parlamentsbericht hier meldet, ist schwer verständlich: entweder waren die Centristen von vornherein fest überzeugt, daß der Staatssekretär nur angenehmes für sie sagen könne, und spendeten ihren Beifall, ohne auf den Sinn der Rede genau zu achten, oder sie gaben sich absichtlich den falschen Schein, als ob es ihnen ganz willkommen wäre, wenn Bismarck von den schimpflichen Anklagen freigesprochen werde, die sie selbst gegen ihn erhoben hatten. Der schwerste Schlag aber, nämlich der Vorwurf, daß sie selbst sich nicht benommen haben, wie Deutsche sich benehmen sollten, und daß sie das Vaterland in Gefahr bringen, traf das Centrum und seine Genossen in dem folgenden Satz des Staatssekretärs: „Wo immer dieser Vorwurf (der Doppelzüngigkeit) gegen die Regierung sein Haupt erhebt, möchte ich glauben, alle Deutschen sollten zusammenstehen, um ihn zurückzuweisen; denn wenn er Boden fassen könnte, er würde uns zum Schaden gereichen und nur unsern Feinden zur Freude und Genugthuung.“ Jedes Wort ein Keulenschlag gegen das unheimliche Gebahren der Bismarck-Gegner!

Die Ausführungen, mit denen der Staatssekretär die Nichterneuerung des deutsch-russischen Abkommens begründete, waren lediglich eine Bestätigung dessen, was vorher schon bekannt geworden war, daß nämlich das von Bismarck geschaffene Verhältnis des Grafen Caprivi zu „kompliziert“ gewesen sei. Ganz unverhohlen räumte der Staatssekretär ein, daß nach Bismarck ein Theoretiker aus Auster gekommen sei, der sich einen Fall konstruiert habe, wie er — das gebe er unbedingt zu — in der Praxis sich nie gestalten werde, den derselbe aber, wenn er eingetreten wäre, zu lösen sich nicht getraut hätte, während „ein Staatsmann wie Bismarck die Zuversicht haben konnte, alle derartigen Schwierigkeiten zu beherrschen“. Die Berechtigung zu dieser Zuversicht, legte der Staatssekretär weiter dar, sei so sehr von der ganzen gebildeten Welt anerkannt — Centrum und Genossen würden also nicht zu der gebildeten Welt zu rechnen sein —, daß Bismarck wohl darauf verzichten dürfte, seinen Nachfolger wegen seiner schwächeren Staatskunst anzugreifen. Damit haben wir das offizielle Zugeständnis, daß das wichtige Abkommen mit Rußland lediglich der minderen staatsmännischen Fähigkeit des zweiten Reichskanzlers wegen habe aufgegeben werden müssen! Dem letzteren kann man daraus keinen Vorwurf machen, denn ultra posse nemo obligatur — man darf von niemand mehr verlangen, als er kann — aber diese Einräumung ruft aufs neue das tiefste Bedauern darüber wach, daß ein Mann, für den ein genügender Erfolg nicht vorhanden war, aus dem Staatsdienst entlassen werden mußte, solange er noch die Kraft und den Willen hatte, dem Vaterland mit seiner reichen Erfahrung und seiner unvergleichlichen Staatskunst zu dienen. Wenn wir trotz dem mit dem Staatssekretär „voll Zuversicht in die Zukunft blicken können“, so verdanken wir das dem festen Glauben, das dem Reich durch unsern ersten Kaiser und seinen großen Staatsmann verliehen wurde und das nicht so rasch abdröckeln kann, auch wenn seine Erhaltung minder geübten Händen anvertraut ist!

Die Besprechung, die sich an die Beantwortung der Interpellation angeschlossen, war vom Centrum beantragt worden, vielleicht in der Hoffnung, den Eindruck seiner Niederlage dadurch abzuschwächen, daß nun auch den guten Freunden Ge-

legenheit gegeben werde, sich in die Nesseln zu setzen, was denn auch der Abg. Richter nach allen Regeln der Kunst besorgte. Eröffnet wurde die Besprechung durch eine Rede des Abg. Lieber, die in ihrer milden Tonart so gewaltig abstach von der Wiesbadener Brandrede, daß sich Herr Lieber sogar von der „Frei. Ztg.“ darob verhöhnen lassen muß; das Centrum habe, meint das Frankfurter Blatt, diesen Herrn wohl vorgeschickt, um ihn zu strafen und an ihm ein Exempel für jeden zu statuieren, der Anlage und Neigung zum enfant terrible hat. Im übrigen hielt sich das Centrum während der ganzen Debatte schein und beschämt im Hintergrunde. Die Redner der übrigen Parteien führten eine durchaus ruhige, fast geschäftsmäßig trockene Sprache, namentlich hielten sich der nationalliberale und der freiconservative Redner sehr zurück, sie beschränkten sich darauf, die Stellung ihrer Parteien zu den Erklärungen der Regierung kurz zu präzisieren. Erst Eugen Richter's maß- und geschmacklose Ausfälle gegen Bismarck, die eine gesunde Entrüstung im Hause hervorriefen, veranlaßten auch die bismarckfreundlichen Parteien mit voller Wärme und Entschiedenheit für den schimpflich Angegriffenen einzutreten. Die Rede des Grafen Mirbach, der Herrn Richter mit nationalem Gefühl und diplomatischem Verständnis, aber energisch antwortete, wirkte — so wird von Ohezenzeugen behauptet — geradezu erschreckend. Als der Redner die Insinuation, als ob Fürst Bismarck gegen die höchste Person Angriffe gerichtet habe, mit den Worten zurückwies: „Das ist der Gipfel der Unverschämtheit“, erhob sich stürmisches Bravo auf der Rechten. Einen geradezu bedauernden Eindruck, so schreibt ein Berichterstatter der „M. N. Nachr.“, machte der alte Liebknecht. Er war kaum verständlich. Während seiner Rede verließen die meisten den Saal; eine öde Langweile lag über der Sitzung. Selbst seine Parteigenossen schenken ihm wenig Aufmerksamkeit. Als er Bismarck einen Verbrecher nannte, konnte er nicht mehr als ein höhnendes Lachen von den wenigen Zurückgebliebenen provozieren. Ihm antwortete Kardorff energisch und frisch, wie immer bei solchen Anlässen. Großen Eindruck machte die Konstatierung, daß die Kritik Richters an Bismarck schon Vorjahr vor 30 Jahren im preussischen Landtag geübt habe, ebenso die Behauptung, daß ohne die nationalen Parteien in Deutschland keine Politik gemacht werden könne. Dr. Paasche sprach namens der Nationalliberalen ruhig und sachlich, Liebermann v. Sonnenberg, seinem Temperament entsprechend, leidenschaftlich und schlagfertig, mit Witz und Humor. Neben Richter ließ dann besonders der Demokrat Hausmann seinem Haß gegen den Fürsten Bismarck die Zügel schießen und verschmähte es ebenjournenig, wie Ersterer, den im Saale anwesenden Grafen Herbert Bismarck persönlich zu haranguieren. Graf Bismarck war bis zu diesem Moment entschlossen, aus persönlichem Selbstgefühl pro domo nicht zu sprechen; er betrat sich jedoch nun vielfach mit seinen Freunden, welche ihn in seinem Vorhaben bestärkten. Als sodann nach einer Polemik Richters gegen die Rechte des Hauses die Debatte geschlossen war, nahm der Graf bei den persönlichen Bemerkungen Veranlassung, erstens das Interview des „Neuen Wiener Tagblatts“, auf welches Richter hauptsächlich seine Angriffe stützte, als apokryph zu bezeichnen und Hausmann gegenüber festzustellen, daß ihm sein Selbstgefühl verboten habe, zu sprechen. Stürmischen Widerspruch und Pfuirufe rief die Replik Hausmann's hervor.

Während die Plätze des Bundesrats überfüllt waren — außer Miquel soll kein preussischer Minister oder Bevollmächtigter gefehlt haben — wohnten die Reichstagsabgeordneten nur etwa zur Hälfte der Sitzung bei; da im Reichstag zudem sehr viel aus- und eingegangen wird, sah das Haus häufig recht leer aus, so daß ein Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ zu der Aeußerung kommt: „Der einzige politische Faktor, der dieser Interpellation ein höchst geringes Interesse entgegen trägt, das ist der Reichstag selbst! In seiner Gesamtheit ist er, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine sehr unpolitische Gesellschaft.“ Ob das demokratische Blatt sich bemüht ist, daß es damit dem Erfolg des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein recht schlechtes Zeugnis ausstellt?!

* Wien, 17. Nov. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Die Erklärungen des Fürsten Hohenlohe und des Staatssekretärs von Marschall gestern im deutschen Reichstage auf die Interpellation der Centristenpartei machen durch die Klarheit, Ruhe und Loyalität eine ungemein sympathischen Eindruck. Der wiederholte Hinweis auf die Bedeutung, welche die natürlichen Interessen der Mächte für ihr gegenseitiges Verhältnis besitzen, verleiht den ausgezeichneten Darlegungen einen echt staatsmännischen Charakter. Die mit Deutschland verbündeten Völker müßten darin, wie in der ausserordentlich als Hauptlinie der deutschen Politik bezeichneten Parole: treue und unentwegte Festhalten an dem Bunde mit Oesterreich und Italien, einen neuen Beweis dafür erblicken, daß ihr unerschütterliches Vertrauen in die Staatskunst wie in die Loyalität ihrer mächtigen Alliierten voll und ganz gerechtfertigt wird.

* Paris, 18. Nov. Die „Republique Francaise“ stellt fest, daß der Eindruck, den die in der Reichstagsdebatte über den deutsch-russischen Geheimvertrag abgegebenen Erklärungen der Regierung hervorgerufen haben, abgesehen von England, überall ausgezeichnet gewesen sei.

Rede des Abg. Dr. Paasche zur Centrums-Interpellation.

Der Abg. Richter hat seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß selbst diejenigen Parteien, welche bisher auf Seiten des Fürsten Bismarck gestanden, sich heute mit ganz kurzen Erklärungen begnügten und gemeint, es würden sich nur noch vielleicht einige Franktireure finden, die heute noch für den Fürsten Bismarck mit ein paar Worten eintreten wollten. Ich trete nun hier durchaus, indem meine Fraktion auf, sondern als vorher bereits designierter Redner, nicht als Franktireur auf, sondern als vorher bereits designierter Redner, indem meine Fraktion sich im voraus darüber einig geworden war, daß sie zunächst zu den Erklärungen der Regierung nur kurz und rein sachlich Stellung nehmen würde, daß sie aber, wenn heftige Angriffe gegen Bismarck kommen würden, mich mit deren Abwehr betraue. Ich habe also im Namen der ganzen Fraktion und auch im Namen fast aller unserer politischen Freunde draußen im Vaterlande die Stellung zu wahren, die wir dem Fürsten Bismarck gegenüber ein-

nehmen, und ich bitte, dem entsprechend meine Ausführungen nicht bloß als meine persönliche Ansicht hinzustellen. Auf den Inhalt der Interpellation, die schon so ausführlich besprochen worden ist, gedente ich nicht im Besonderen einzugehen. Es war ja nach den Erörterungen, wie sie in der Presse vorliegen, ich darf auch sagen, nach der Wiesbadener Rede vorauszuversetzen, daß es heute an Angriffen auf den Fürsten Bismarck, den Begründer der Reichseinheit, nicht fehlen würde. Ich kann zugeben, was der Abg. v. Kardorff gesagt hat, daß diese Angriffe der Form nach hier im Hause gemäßigter gehalten waren als draußen, aber ich meine doch, daß der Ton, den der Abg. Richter angeschlagen hat, scharf genug gewesen ist. Von dem, was der Abg. Lieber nicht gesagt hat, will ich gar nicht erst reden, von „verbrecherischen Motiven“ bei dem Fürsten Bismarck zu reden, der uns hierher gerufen hat, der es fertig gebracht hat, daß wir ein deutsches Parlament haben und daß wir in diesem Parlament die Vertreter des allgemeinen gleichen Stimmrechts haben, das kann man doch nicht ernstlich nehmen. Nun hat der Abg. Richter mit ganz besonderer Ironie darauf hinzuweisen versucht, daß die Verträge, wie sie vorliegen, doch ganz gewiß nicht den wahren Interessen Deutschlands entsprechen können, und er hat die Politik, die Fürst Bismarck vertreten hat, meines Grachtens nicht mit Recht angreifen versucht, indem er sich namentlich auch auf die Erklärungen der verbündeten Regierungen stützte. Er ging von der Ueberzeugung aus: man kann Rückversicherungsverträge, was er an sich nicht billigt, abschließen, aber immer unter der Voraussetzung, daß diejenigen, mit denen die Versicherungsverträge abgeschlossen seien, wenigstens davon Kenntnis haben. Er hat die Aeußerung des Reichskanzlers nicht ganz korrekt wiedergegeben oder nicht richtig verstanden; denn wenn ich recht gehört habe, hat der Reichskanzler und auch der Staatssekretär die Existenz eines geheimen Versicherungsvertrages überhaupt nicht formell zugestanden und konnte deswegen nicht sagen, daß in diesen Verträgen absolute Geheimhaltung zur Pflicht gemacht sei. (Widerpruch links.) Der Reichskanzler hat die Existenz des Vertrages nicht zugegeben, er hat einfach erklärt, daß es sich hier im allgemeinen um Staatsbindungen und Staatsverträge handele, über die man nicht ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen sprechen könne, und daß er deswegen hier nicht in der Lage sei, über diese Dinge zu sprechen. Mit seinem Worte ist aber gesagt, daß in den Verträgen die Bedingung der völligen Geheimhaltung enthalten habe. Ueber das sogenannte Interview mögen Sie denken, was Sie wollen. Ich glaube, nach allen Berichten der Presse ist unbestreitbar, daß Fürst Bismarck grade die Bedingung erfüllt hat, die der Abgeordnete Richter an das Bestehen eines Rückversicherungsvertrages geknüpft hat, daß er den verbündeten Regierungen Mitteilungen von den Verhandlungen machte, wie sie mit Rußland stattgefunden haben. Der Beweis liegt auch in den Presseorganen jener Regierungen vor, in dem Selbstorgan des Grafen Kalnoky und des damaligen Ministerpräsidenten Crispien. Diese Aeußerungen beweisen deutlich, daß man dort von dem Bestehen dieses Versicherungsvertrages Kenntnis hatte. Man kann gewiß nicht aus der Thatsache des Bestehens eines solchen Rückversicherungsvertrages, wie es mit verblühten Worten von Dr. Lieber ausgesprochen worden ist, eine Art von Doppelzüngigkeit herauszureden oder meinen, daß das gegen deutsche Treue verstoße. Bedenken Sie doch, Bismarck'sche Politik war doch immer taiferliche Politik, und wenn der Vertrag bestanden hat, so bestand doch der Vertrag sicherlich nicht bloß in der Aktenmappe des Fürsten, sondern war ein Vertrag gegenseitig mit unserm allerhöchsten Kaiser und gebilligt von drei Kaisern. Wie kann man da wagen, von einer Doppelzüngigkeit, womöglich von Vertragsbruch, von einem Mangel an Treue zu sprechen? Die Vorwürfe, die da laut geworden, sind unter allen Umständen unbegründet. Es hat das Bündnis bestanden, und es hat, wie Herr v. Mantuffel sehr richtig gesagt hat, erst den Defensivvertrag des Dreibundes noch wesentlich verstärkt. Wenn wir heute die denkbar besten Beziehungen zu Rußland, so lautet der offizielle Ausdruck, haben, so meine ich, ist das ganz gewiß eine erfreuliche Rückkehr zu jenen Verhältnissen. Wenn Herr Richter vorher sagte, das Mißtrauen des Zaren gegen Bismarck sei unbegrenzt gewesen, so möchte ich auf die Veröffentlichungen, die zahllos vorliegen, hinweisen, wo Bismarck immer wieder gesagt hat, daß er das Vertrauen des verstorbenen russischen Kaisers voll und ganz besessen hat. Der Kaiser aber sagte ihm damals schon: Wer weiß, ob Sie dauern im Amte bleiben. Ihnen gegenüber habe ich das Vertrauen, sagte er. Die Motive zu diesen Enthüllungen des Fürsten sind in einer Weise dargestellt worden, daß ich mich da vollständig an das anschließen kann, was Herr v. Kardorff gesagt hat. Es sind kleinliche Gesichtspunkte, von denen aus man hier den großen Staatsmann beurteilt, und wenn man sich gar soweit vertiegt hat zu sagen, daß sie aus persönlicher Nachsicht u. s. w. hervorgegangen seien, so schändet sich derjenige, der solche Verdächtigungen ausspricht, ganz gewiß mehr, als daß er damit daran denken könnte, an den Fürsten Bismarck und seine Größe heranzukommen. (Sehr richtig! rechts.) Solche kleinliche Motive einem Mann unterzuschreiben, der sein ganzes Leben lang seine ganze amtliche Thätigkeit nur im Dienste seines Vaterlandes in treuer Pflichterfüllung gegen seinen König und Herrn verbracht hat, dessen großes unvergänglichliches Werk gerade darin besteht, daß er die deutsche Monarchie und das Deutsche Reich für alle Zeit geklärt hat, ihm zu imputieren, daß er das Werk seines Lebens antäufeln und untergraben könnte, das sind unschuldige Verleumdungen. Die auf den zurückzuführen, der sie ausspricht. Unser Reichstagler hat ja immer und ewig nur daran gearbeitet. Es werden sich an seine viele Neben, die er im Reichstag gehalten hat, erinnern: „Für meinen Allerhöchsten König und Herrn und in der Vertretung seiner Politik thue ich das, was ich soll!“ Darum meine ich, wenn nun heute versucht wird, denjenigen, die es wagen, die Politik Bismarck's zu verteidigen und erklären, daß, wenn Fürst Bismarck diese Enthüllungen gemacht hat, sie der vollsten Ueberzeugung sind, daß er sie nur gemacht habe aus der Ueberzeugung, daß sie dem deutschen Vaterlande nützlich sein werden, daß sie den Frieden wahren — ich sage, wenn man ihnen damit den Vorwurf machen will, daß sie sich in Widerspruch zu dem heutigen Träger der Kaiserkrone setzen, nun, so brauchen wohl grade meine politischen Freunde gegen einen solchen Vorwurf sich nicht zu verwahren. Diejenigen, die solche Vorwürfe machen, haben überall versagt, wo es sich darum handelte, einzutreten für das Deutsche Reich und den deutschen Kaiser, während unsere Freunde immer alle Kraft eingesetzt haben. (Zurufe links.) Es freut mich, daß es auch Ihre Zustimmung findet. (Zurufe. Heiterkeit.) Wir haben auch unsere Großen daran gewendet, Herr Bebel; auf diese Vorwürfe brauche ich wohl nicht zu antworten. Unsere Partei ist wohl über den Zweifel erhaben, daß sie jemals versagt hätte, wo es sich darum handelte, die Wächter für das Deutsche Reich zu steuern und dafür zu sorgen, daß die Deutsche Kaiserkrone in unverdunkeltem Glanze weiterstrahlte. Wir lassen uns auch darin von keiner andern Partei übertreffen. Darum treten wir heute für den Fürsten Bismarck ein und erklären, daß wir der Ueberzeugung sind, daß, was er auch gethan hat, er gethan hat, um sein großes Werk der nationalen Einheit des deutschen Volkes, die Aufrichtung des Deutschen Reiches zu sichern und zu erhalten, daß er das Beste gewollt hat, und wir hoffen, daß er auch in diesem Falle recht behalten wird. Es ist schon viel Wasser in den französischen Wein gegossen, und wenn eine Gefahr aus französischer Begeisterung für uns entstehen könnte, so ist durch die Enthüllungen ein gut Teil zurückgedrängt worden. Den Franzosen ist der Beweis geliefert, nicht unumkehrlich, nicht unwiderruflich, daß die russische Nation in eure Arme gedrängt, sondern Rußland verdrängt noch vor wenig Jahren eine Annäherung an Deutschland. Da werden die Franzosen nicht daran denken können, zu glauben, daß sie nun, sicher der russischen Hilfe, diejenigen Schritte thun können, von denen sie, wie wir glauben und hoffen, für allezeit die Vernunft abhalten wird. Wenn wir heute für Bismarck und seine Politik eintreten, so geschieht es nicht aus blinder Verehrung, sondern weil wir meinen: ein Mann, der so großes geleistet hat, sollte grade in diesem Hause

sicher sein vor der Unterzeichnung von Beweggründen förmlicher Art; denn ein Volk, das seine großen Männer nicht ehrt, ist ihrer nicht wert. (Lebhafter Beifall.)

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Nov. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Liste der vom Preisgericht der Deutschen Fischereiausstellung gelegentlich der Berliner Gewerbe-Ausstellung verliehenen Auszeichnungen. Den Kaiserpreis erhielt der Bayerische Landesfischerei-Verein in München.

Berlin, 17. Nov. Der „Berl. Korresp.“ zufolge fanden am Freitag und Samstag im kaiserlichen Gesundheitsamt unter Vorsitz des Direktors Köhler und Beteiligung von Regierungsvertretern und Sachverständigen Beratungen über die Entschädigungsfrage bei obligatorischer Anwendung des Kochschen Tuberkulins zur Feststellung und Ausmerzung perlsüchtiger Kinder statt. Die vertraulichen Verhandlungen trugen wesentlich zur Klärung der Ansichten bei. Die „Korrespondenz“ hält die Annahme für berechtigt, daß die bestehenden Schwierigkeiten, soweit es nötig ist, mit Hilfe der bestehenden Gesetzgebung zu überwinden seien. — Der „Post“ zufolge wurde im Reichsamt bezüglich der Einführung der obligatorischen Leidenstempel auf ganzen Reiche beschlossen, Erhebungen über die Kosten anzustellen, welche mit der Einführung in Preußen verbunden wären.

Berlin, 17. Nov. Von Interesse dürfte es sein, die Namen der Mitglieder des übermorgen in Berlin zusammentretenden Warenausschusses zu erfahren. Es sind dies folgende:

Jean Andrea, Mitglied der Handelskammer in Frankfurt a. M., Graf v. Arnim, Gutsbesitzer, Wilhelm Fint, Kommerzienrat in München, Wolf Emil Frenzel, Geh. Kommerzienrat in Berlin, Hermann Frese, Mitglied der Handelskammer in Bremen, Gamp, Wirklicher Geh. Oberregierungsrat a. D. in Berlin, Gater, Geh. Kommerzienrat und Oberverwalter der Kaufmannschaft in Stettin, Theodor von Häfner, Kommerzienrat und Reichsrat in Augsburg, Herz, Geh. Kommerzienrat, Präsident des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft von Berlin, Eignund Hinrichsen, Mitglied der Handelskammer in Hamburg, Eduard Jaumez, Guts- und Fabrikbesitzer, Präsident des all-öchr. Landwirtschaftsrats in Saargemünd, Kaempf, Syndikat, Erster Vizepräsident des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft von Berlin, Graf von Kanitz, Rittergutsbesitzer, Hermann Klein, Präsident des badischen Landwirtschaftsrats in Wertheim, Dr. Karl Kolbe, Mitinhaber der chemischen Fabrik von Seyden in Aachen, Dr. Kreis, Professor der chemischen M. H. von, Bankdirektor in Breslau, Fritz Wagner in Firma Frege u. Co., Vorsitzender des Vorstands in Leipzig, Ernst Helm in Firma Wende, Sohn-Bartoldy, Geh. Kommerzienrat in Berlin, Alfred Wilschelles, Mitglied der Handelskammer in Hamburg, A. v. Klamm, Geh. Kommerzienrat in Stuttgart, Franz Schröter, Geh. Kommerzienrat, zweiter Beisitzer des Vorstands der Kaufmannschaft in Königsberg, Graf von Schwerin-Schwin, Rittergutsbesitzer, Moritz Seigmann, Bankier in Köln a. M., Freiherr von Soden, Reichsrat in Franenhausen, Dr. Max Weber, Professor in Freiburg, Winkelmann, Deconomierat auf Haus Köbbing, Neg.-Bez. Münster, van den Wyngaert, Direktor, Vorsitzender des Verbandes deutscher Müller in Berlin, Wilhelm Zeiter, Direktor der Rheinischen Kreditbank in Mannheim, Wilhelm Zuchschwerdt, in Firma Zuchschwerdt u. Beucher in Magdeburg.

Frankfurt, 17. Nov. In einer Rechtsfrage wider Unbekannt ist ein Zeugnisverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingeleitet worden zur Ermittlung des Verfassers des im 1. Morgenblatt vom 8. d. M. veröffentlichten Artikels „Der Reichs-Militär-Etat 1897/98“, worin eine Uebersicht über die voraussichtliche Gestaltung des Militär-Etats gegeben wurde. Es sind deshalb bereits der Berliner Vertreter und der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ vernommen worden. Bei dem Verfahren wird davon ausgegangen, daß der Artikel Mitteilungen aus einer noch nicht veröffentlichten Bundessatzvorlage enthalte. Die „Frankf. Ztg.“ selbst hält diese Voraussetzung für „eine durchaus willkürliche“, denn es sei durchweg die Rede von „vorausgesetzlichen“ Forderungen des Militär-Etats, und die aufgeführten Einzelpositionen seien teils schon direkt bekannt gewesen, teils habe man sie aus früheren Ankündigungen kombinieren können, ohne daß man dazu irgend eine noch nicht veröffentlichte Vorlage einzusehen brauchte.

Stuttgart, 16. Nov. Das kgl. statistische Landesamt veröffentlicht eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in Württemberg auf Grund der letzten Berufs- und Volkszählung. Hiernach waren arbeitslos am 14. Juni v. J. 6109, am 2. Dezember v. J. 16215 Personen, darunter weibliche 1651 resp. 3539. Am 14. Juni v. J. hatten unter den männlichen Arbeitslosen die in der Maschinenfabrikation und Juckeraffinerie Beschäftigten, die Konditoren, Bäcker, Metzger, Kupferschmiede, unter den weiblichen Arbeitslosen die in Schuhmacherei beschäftigten Personen verhältnismäßig am stärksten unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Uebrigens nahm diese Arbeitslosigkeit keineswegs einen belangreichen Umfang an. Am 2. Dez. finden wir unter den männlichen Arbeitslosen: die Studienteure, wechselnden Lohnarbeiter, die häuslichen Dienstmädchen, die Stubenmaler, Maurer, Tapezierer, Del-, Firnis- und Fettfabrikation, Steinhauer, das Wirtschaftspersonal, die Ziegler, Zimmerer, Steinsetzer, Bäcker, Sattler, die Arbeiter in feinen Steinwaren, unter den weiblichen Arbeitslosen: die Fortarbeiterinnen, wechselnden Lohnarbeiterinnen, Putzschneiderinnen, bei Del-, Firnis- und Fettfabrikation Arbeiterinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen verhältnismäßig am häufigsten arbeitslos. Solche Berufs-, in welchen bei beiden Zählungen verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen vorfinden, sind beim männlichen Geschlecht: Bäcker, Metzger, Konditoren, Kupferschmiede, beim weiblichen Putzschneiderinnen. Bei diesen Berufsständen scheint eine chronische, wenn auch nicht auffallend große Arbeitslosigkeit vorhanden zu sein.

Ausland.

Italien.

Rom, 17. Nov. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wurde die Ratifikation des Friedensvertrages mit Abyssinien von dem König dem Regus Menelik in einem Telegramm mitgeteilt, welches von den Ministern di Rudini, Visconti Venosta und Prin gegengezeichnet ist.

Rom, 17. Nov. In einer Depesche aus Rio de Janeiro meldet der „New-York Herald“, daß die Differenzen zwischen Italien und Brasilien beigelegt seien. Brasilien zahle für die statthabenden Ausbreitungen eine Entschädigung außer für diejenigen in Rio Grande do Sul und Santa Catarina, über die das Schiedsgericht entscheide. Der italienische Konsul von Sao Paulo werde, weil er die Kundgebungen leitete, abberufen. Die „Agenzia Stefani“ erklärt nun die Meldung des „New-York Herald“ als unrichtig und verfrüht. Die Verhandlungen dauern noch fort.

Frankreich.

Paris, 17. Nov. Die Deputiertenkammer nahm heute mit 297 gegen 288 Stimmen den Antrag an, durch welchen der Wobus der Wahlen zum Senate abgeändert wird. Die Regierung hat den Antrag für undurchführbar erklärt, der Kammer aber ihre Entscheidung anheingestellt. Jourdan fragte bei der Regierung an, ob sie den angenommenen Antrag vor dem Senate unterstützen werde. Ministerpräsident Méline verwahrte sich entschieden gegen die erteilte Mahnung; die Regierung lehnte ihre Pflicht; sie werde den Antrag in lokaler Weise im Senat einbringen und eine Verständigung versuchen. Unter lebhafter Bewegung verlangte er darauf einfache Tagesordnung, die mit 311 gegen 241 Stimmen angenommen wurde.

Spanien.

Madrid, 17. Nov. Die Zeichnung der Anleihe hat einen Betrag von 691 108 500 Pesetas ergeben, wovon auf die Proping 285 619 500 Pesetas entfallen. Die Presse bepricht diesen Erfolg mit großer Genugthuung. Der Ministerrat wird heute

darüber Beschluß fassen, ob der volle Betrag der Zeichnung, oder nur 400 Millionen Pesetas annehmen seien. — Einer Privatmeldung aus Havana zufolge, beschloß der nationale Verteidigungsausschuß, sich an der Anleihe nicht zu beteiligen, jedoch eine Zeichnung auf 55 000 Dollars zu eröffnen und diese Sammlung der Regierung als Beitrag zu den Kriegskosten zu überreichen.

Amerika.

Washington, 16. Nov. Nachdem die Wahlergebnisse aus den zweifelhaften Staaten jetzt endgültig festgestellt sind, hat William Mac Kinley 273 Wahlmänner und Bryan 174 auf seiner Seite.

New-York, 17. Nov. Nach einer Depesche aus Havana hat General Castellanos, nachdem er die Garnison von Casorro befreit hatte, sich nach San Miguel begeben. Auf dem Wege dahin hatte er sechs Gefolge und schlug schließlich bei San Miguel betragen einige 20 Tote und 113 Verwundete. Die Aufständischen sollen Guaimaro geplündert, vollständig zerstört und diejenigen der bejahrten Einwohner getötet haben, welche kein Lösegeld zahlten.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 18. Nov. Wie aus Rom gemeldet wird, ist Herr v. Jagemann gestern abends von Papst empfangen worden, um ein Schreiben des Großherzogs von Baden an den Papst zu überreichen.

Karlsruhe, 18. Nov. Ueber den Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung, in welcher der Fall Bräsewicz zur Sprache kam, konnten wir unsern Lesern gestern Abend schon einen vollständigen telegraphischen Bericht zugehen lassen. Den ausführlichen Sitzungsbericht werden wir im heutigen II. Blatt bringen.

Mannheim, 17. Nov. Bei der heute stattgehabten Wahl der Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten haben 78 Mitglieder des neu zusammengesetzten Stadtverordneten-Kollegiums von ihrem Wahrecht Gebrauch gemacht. Der Wahl enthielten sich hauptsächlich die Nationalliberalen. Für den von der Majorität gemachten Wahlvorschlag wurden 68 reine und 10 geänderte Zettel abgegeben. Gewählt sind die Herren: als Obmann Kaufmann Max Stöckheim (freisinnig) mit 78, als Obmann-Stellvertreter Tischlermeister Friedr. Löwenhaupt jr. (A. n.) mit 74, als weitere Mitglieder Kaufmann Wih. Falda (Dem.) mit 72, Redakteur Gg. Pfeiffle (Soz.) mit 69 und Bankdirektor Wih. Zeiler (nat.-lib.) mit 77 Stimmen. Außerdem erhielten die Herren Architekt Heinrich Hartmann 3 und Rechtsanwält Selb 1 Stimme. — Die Neuwahlen für den Stadtrat sind auf Montag, den 23. November anberaumt.

Mannheim, 17. Nov. Bezüglich der Notiz betreffend einen Beschluß der süddeutschen Juckerfabriken, dem geplanten deutschen Jucker-Syndikat nicht beizutreten, wird dem „M. Anz.“ von gutinformierter Seite mitgeteilt, daß allerdings seitens der süddeutschen Juckerindustriellen eine eingehende Beratung der Angelegenheit stattgefunden habe, ein gemeinsamer Beschluß über die definitive Stellungnahme zu dem Projekte sei aber bis zur erfolgten Verhandlung über verschiedene Vorfragen vorbehalten worden.

Wenzingen, 17. Nov. Gegenwärtig hält Freiherr B. von Menzingen auf seinen ausgedehnten Jagdbesitzungen, dahier und in der Umgegend größere Freijagden ab. Zur Teilnahme an denselben ist eine Reihe von fürstlichen und dem hohen Adel angehörigen Persönlichkeiten eingeladen.

Bruchsal, 17. Nov. Vom 16. Nov. 1896 bis 17. März 1897 kommen die feierlichen Sonntags- und Feiertags auf der Rebenbahn Bruchsal-Obenheim-Wenzingen gehenden letzten A. u. B. in Wegfall.

Kastell, 16. Nov. Lieutenant Wuse vom hiesigen Artillerie-Regiment hat auf seinem jüngsten Halbblut, auf dem er bereits während der Jagdpartien mehrere Siege erritt, den etwa 125 km weiten Weg nach Neu-Breisach, die kurzen Ruhpausen abgerechnet, in 10 Stunden 15 Minuten zurückgelegt. Kurz vor 4 Uhr früh, noch im Dunkel der Nacht, verließ er am Donnerstag Kastell und wurde lt. „Str. Post.“ im Laufe des Nachmittags von den ihn erwartenden Kameraden empfangen. Wenn man hierbei die augenblicklich ungünstige Verfassung unserer Chausseen, die fast den ganzen Weg über frisch geschottert waren, in Betracht zieht, so ist diese Leistung eine bedeutende zu nennen. Hoß und Neiter trafen in vorzüglicher Kondition ein.

Baden-Baden, 17. Nov. Bei der Prinzessin Amelie zu Fürstenberg ist gestern die Fürstin zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Gemahlin des Reichskanzlers, mit der Prinzessin Elisabeth von Hohenlohe-Schillingsfürst zu kurzem Besuch angekommen.

Baden-Baden, 17. Nov. Die Fremden-Frequenz Baden-Badens nach Nationalitäten weist folgende Zahlen auf: Afrika 111, Amerika 3207, Asien 49, Australien 24, Belgien 657, Brasilien 114, Dänemark 63, Deutschland 45 635, Frankreich 3002, Griechenland 7, Großbritannien 2294, Italien 230, Mexiko 35, Niederlande 1691, Oesterreich-Ungarn 739, Portugal 19, Rumänien, Donaufürstentümer 53, Rußland 1327, Schweden-Norwegen 143, Schweiz 996, Spanien 62, Türkei 27, hierzu: Landesbad 610; zus.: 1896 61 095, 1895 63 156.

Vom Schwarzwald, 17. Nov. Der Registrierballon Straßburg, der in der Nacht vom 13. zum 14. November losgelassen wurde, ist nach etwa zweistündiger Fahrt im Schwarzwald, am Fuß der Hornisgrunde, gelandet. Er hing in einer Gruppe von Kastanienbäumen und war durch die Reihvorrichtung, die richtig funktioniert hat, vorschriftsmäßig ausgerissen; der Anker war gebrochen, die Anterleine zerissen. Der Ballon hatte also allem Anschein nach einen ziemlich heftigen Kampf mit der festen Erdoberfläche zu bestehen gehabt, ehe er zur Ruhe kam. Trotzdem waren, laut „Str. Post.“, die Registrierinstrumente, wie eine sofortige Beobachtung lehrte, in gutem Zustande. Die Uhr war im Gange und zeigte die richtige Stunde; Thermometer und Barometer hatten ihren normalen, dem Zustande der Erdoberfläche entsprechenden Stand. Nach der zunächst oberflächlichen Bearbeitung der Diagramme hat der Ballon eine Höhe von 7- bis 8000 Metern erreicht und markierte eine Minimaltemperatur von minus 30 Grad. Diefelbe wurde jedoch bereits in einer Höhe von 6000 Metern, ungefähr 20 Minuten nach der Abfahrt, angezeigt; nachher stieg die Temperatur wiederum in höchst sonderbarer Weise, auf deren Erklärung und Beschreibung hier noch nicht eingegangen werden kann. Der Ballon fiel in gute Hände. Ein früherer Luftschiffer, ein ehemaliger Angestellter des bekannten, mit seinen Fallschirmversuchen verunglückten Luftschiffers Battenmann, der sich als Handwerker in dem Dorfe Kauf aufhält, fand den Ballon und verpackte ihn in sachverständiger Weise. Von den übrigen Ballons ist die Nachricht da, daß sie sämtlich programmäßig abgelassen sind und daß der in Berlin aufgestiegene nach zweistündiger Fahrt bei Ribnig niedergegangen ist. Er erreichte nur 5700 Meter. Von Paris her ist ferner die Nachricht angelangt, daß der dortige Ballon bis Sonntag Abend noch nicht aufgefunden wurde.

Freiburg, 17. Nov. Die Erbgroßherzoglichen Herrschaften trafen gestern Abend 6 Uhr 32 Min. hier ein und begaben sich 7 Uhr 28 Min. nach Badenweiler.

Siegelheim, A. M. W. 15. Nov. Heute gab hier Herr Hoforganist und Seminarinspektor Barner von Karlsruhe auf unserer neuen Orgel, welche heute früh feierlich dem Gebrauche übergeben wurde, unter Mitwirkung des Herrn Stadtbaukontrollieurs Hoffmann von Freiburg ein Orgelkonzert, welches sehr gut, auch von auswärts, besetzt war. Als Orgelinspektor der evangel. Kirche Badens prüfte Herr Barner gestern das neue Orgel-

wert und verschaffte uns heute den Genuß, zwei wirkliche Meister auf der Orgel kennen zu lernen. Wenn mit solcher Meisterschaft die Orgel gespielt wird, wie dies von beiden Herren geschehen ist, dann darf die Orgel mit Recht die „Königin aller Instrumente“ genannt werden. Die Orgel ist erstellt von Herrn Orgelbauer Merklin in Freiburg und verdient dieselbe nach dem Urteil des Herrn Barner alles Lob. Nächstes Jahr wird auch eine Unterländer Gemeinde, Bühren bei Sinsheim, ein Orgelwerk von Herrn Merklin bekommen und können wir jetzt schon dieser Gemeinde hiezu gratulieren.

Todtnau, 17. Nov. Die trübe Stimmung des Himmels über dem Todtnauer Thale harmonisierte so recht mit gar vielen schmerzlichen Bewegungen der Herzen, als wir dieser Tage unter der aufrichtigen Teilnahme der ganzen Bevölkerung und vieler Freunde die weitere Umgegend einen Mann zu Grabe trugen, welcher eine tiefe Lücke im trauernden Freundeskreise wie im öffentlichen Leben zurückließ. Es ist dies Herr Otto Dietzsch, der Begründer und Besitzer des Volksbrauhauses in Todtnau. Ein ganzer Mann im vollen Sinne des Wortes, mit allen hohen und schönen Mannestugenden begabt, hat er vielfach vermittelnd und verständig in den mitunter im Leben herrschenden Gegensätzen gewirkt. Aber wie im öffentlichen Leben als Bezirksrat und Gemeinderat, als Mitbegründer und Förderer gar mancher gemeinnützigen Betries (wir erinnern hier nur an den Eisenbahnbau, an die Feldbergstraße, an das Bismarckdenkmal auf dem Feldberg, an sein Wirken als Vorstand unserer heimlichen Schwarzwalddarstellung etc.) — so war er auch im engeren Kreise der Freunde und der Familie ein treuer, biederer, offener Charakter, welcher Energie und Festigkeit mit wohlthunender, stets hilfsbereiter Herzensgüte und mit einer idealen Hingabe für alles Gute und Schöne verband. Ehre seinem Andenken!

Säckingen, 17. Nov. Die auch in weiten Kreisen bekannte Waldfisch-Gesellschaft feierte am letzten Samstag und Sonntag ihr 20jähriges Stiftungsfest. Der Besuch von auswärts war ein recht reger und nahm das Fest in jeder Beziehung einen schönen Verlauf.

Aus Baden, 17. Nov. Hölstein. Bei der von Bürgerausschuß vorgenommenen Bürgermeistervahl erhielt Gemeinderat Fritz Sängler 19 von 26 abgegebenen Stimmen und ist somit gewählt. — Schopfheim. Unsere Nachbargemeinde Wiesch wird Anfang des nächsten Jahres eine Wasserleitung erhalten. Nach Beschichtigung der verschiedensten Anlagen und Systeme hat sie sich für die „Hydraulische Widder-Anlage“ entschieden und 35 000 M. in den Vorausschlag eingestellt. — Am 15. abends kurz vor Einbruch des Tages um 5 Uhr 35 Min. erfolgten auf dem Schopfheimer Bahnhofe sämtliche Gasflammen wie auf einen Schlag. Ein Sachverständiger aus der Gasfabrik füllte drei Uhr Wasser nach und gleich war alles wieder hell.

Weißenburg, 16. Nov. Der kaiserliche Statthalter wird lt. „Str. Post.“ unserer Stadt am nächsten Samstag, den 21. d. M., seinen Besuch machen. — Die Nachricht, daß für den Bau einer vollspurigen Bahn von hier nach Lauterburg eine erste Rate in den Reichsetat für 1897/98, sowie in den Landeshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen eingestellt worden sind, ist hier und namentlich auch in den Gemeinden längs der Lauter mit Freuden begrüßt worden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 18. Novbr.

Bei der Vertheilung der alten Insanferienverne wurde seitens der Garnisonsverwaltung ein Zuschlag nicht erteilt, da ihr die angebotenen Summen von 3056 bezw. 3200 Mark zu gering erschienen. Andererseits konnte sich niemand zu einem höheren Angebot entschließen wegen der ungünstigen Abrechnungsbedingungen und des geringen Wertes des noch vorhandenen Materials. Es ist kaum anzunehmen, daß später ein höheres Angebot gemacht wird, und es bleibt abzuwarten, ob die Garnisonsverwaltung den Abbruch nun auf eigene Rechnung übernimmt.

Die vereinigten Säckingermeister von Karlsruhe haben ihr Möbellager von früheren Ausstellungslokale im Zirkel in den von der Genossenschaft erstellten Neubau, Amalienstraße 31 am Ludwigsplatz, verlegt. Das stattliche Haus, ein Werk des Architekten Frei und des Baumeisters Pfeiferer-Mühlburg, birgt in seinem Innern 4 geräumige Säle, deren jagen wir besser — das das Haus 66 m tief ist — Ausstellungslokale, in welchen Möbel jeder Art, von den feinsten Salomeinrichtungen bis zu den einfachsten Zimmermöbeln aufgestellt sind. Der Parterreaal strahlte durch die eleganten, auch den höchsten Anforderungen entsprechenden Salomeinrichtungen, die man dort findet. Einricht in diesen Raum gewinnt jeder Passant schon von der Straße aus. Wer sich auch die übrigen einfacheren Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen ansehen will, der mag unter der freundlichen Führung der Geschäftsleiter, der Herren Noos und Schiler, einen Gang durch die übrigen Stockwerke unternehmen und er wird launen über die Reichhaltigkeit dieses Möbellagers. Im hinteren Teil des Erdgeschosses befindet sich ein Bureau, in welchem Zeichnungen und Entwürfe eingestellt werden können; daneben liegt ein Arbeitszimmer für Tapezierer. Der Geschäftsbetrieb ist vollständig ein gemeinschaftlicher und ermöglicht infolge dessen eine rasche Bedienung. Einen Gang durch diese „Permanente Möbelausstellung“ können wir aufs beste empfehlen.

St. Athleten-Club „Germania“. Die diesjährige Generalversammlung des Athleten-Club „Germania“ hier fand am 29. Oktober, sowie am 14. November statt, da die Tagesordnung am ersten Tag nicht erledigt werden konnte. Nach Begrüßung der Mitglieder durch den 1. Vorsitzenden gab derselbe am ersten Abend zunächst einen Bericht über das vergangene Vereinsjahr, dem u. a. zu entnehmen war, daß der Club auch in diesem Jahre angenommen hat an Ansehen, sowie an Zahl und Qualität der Mitglieder. Bei 7 auswärtigen Wettstreiten in Bonn, Frankfurt a. M., Gomburg v. d. H., Caunstatt, Mainz, Birnmasens und Straßburg wurden von den aktiven Mitgliedern zusammen 52 Preise errungen, darunter 28 erste und 3 Meisterschaftspreise; ein Erfolg, der mit Recht ein „großartiger“ genannt werden darf. Der Kassenericht zeigte ein sehr günstiges Resultat; der Kassier wurde vom Vorsitzenden der Dank des Clubs ausgesprochen und Bescheid erteilt. Der Bericht des Hallenwarts bewies den fleißigen und regelmäßigen Besuch der Lehnungsstunden. Nachdem noch der Schriftführer dem Vorsitzenden für seine erprießliche Thätigkeit im vergangenen Jahre gedankt und ein dreifaches „Heil-Heil“ auf denselben ausgebracht hatte, schritt man zur Neuwahl des Ausschusses, die folgendes Resultat lieferte: als 1. Vorsitzender wurde Herr Architekt G. Zinzer zum viertenmal einstimmig wiedergewählt; als 2. Vorsitzender Herr Kaufmann J. Krapp, der dieses Amt auch im letzten Jahre bekleidet hatte; die Herren A. Stolz, Schriftführer, und Chr. Zösch, Kassier, wurden ebenfalls wiedergewählt, ebenso die Herren Th. Schwab und L. Keffle als Hallenwart resp. Jugwart. Zu erwähnen ist, daß Herr Schwab das Amt des Hallenwarts schon seit der Gründung des Clubs (1887) versieht und daß seiner energischen Leitung ein großer Teil der Erfolge des Clubs zuschreiben ist. Die Wahl der Beisitzer bildete den ersten Punkt der Tagesordnung am zweiten Abend. Es wurden gewählt die Herren: W. Scheerer, D. Hagstob, H. Kämpfle, Fr. Fischer, K. Oberhardt und K. Knebel. Hierauf erstatteten die bei der ersten Versammlung gewählten Kassenvorsoren Fr. Gutmacher, Gaud und Gebhardt ihren — für den Kassier äußerst ehrenvoll lautenden — Bericht. Nach Erledigung einiger weiterer Anträge fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

